

Verwirklichung des Sozialismus. Hindert man das Proletariat in diesem Kampf um diese Einzelziele, zerstört man es, zerstört man seine Organisation, so macht man die Arbeiterklasse kampfunfähig. Mit besonderer Schärfe wendet sich Hilferding gegen die Verleumdung, als wenn die U. S. P. für die Wiedererrichtung des Kapitalismus sich eingesetzt habe. Vielmehr ist es die russische kommunistische Politik der Zerstörung der Front des revolutionären Proletariats, die die Macht der Bourgeoisie stärkte und gerade dadurch die Wiedererrichtung der kapitalistischen Herrschaft ermöglicht.

Nun weist Hilferding nach, wie sinnlos die Beschimpfungen der Gewerkschaftsinternationale durch Sinowjew sind. Die Führer dieser Internationale werden jetzt als Velle bezeichnet und als die besten Stützen des Kapitalismus, als Schutzwall des Kapitalismus gegen die Revolution. Und trotzdem ist von dieser Gewerkschaftsinternationale die Initiative zur Unterstützung von Sowjet-Rußland in seinem Kampf gegen den Entente-Imperialismus ausgegangen. Dikmann soll ausgeschlossen werden. Und dabei war gerade er es, der mit außerordentlicher Energie sich für die Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung eingesetzt hat. Je mehr die Macht der Bourgeoisie wächst, je frecher die Konterrevolution wird, desto mehr ist es die Pflicht des revolutionären Proletariats, die Gewerkschaften in ihrem Bestand zu schützen. Sie sind die einzigen Organisationen, die noch die Geschlossenheit des Proletariats repräsentieren.

Wie wenig sozialistisch und revolutionär die Politik der Sowjet-Regierung ist, das zeigt sich vielleicht am deutlichsten bei den Vorgängen am Orient. Nicht auf die Verwirklichung des Sozialismus arbeitet die Sowjet-Politik im Orient, sondern es ist Machtpolitik, die die russische Regierung im Kampf gegen England führt, und so ist auch die russische Politik in der Agrarfrage keine sozialistische, sondern eine antisozialistische Politik. Die Bolschewisten sind auf dem Land nicht die Volkstrotzer des Sozialismus, sondern die Wegbereiter für die bürgerliche Eigentumsordnung.

Hilferding befaßt sich dann mit den Moskauer Bedingungen. Durch ein Zitat von Rosa Luxemburg konnte er nachweisen, wie die Begründerin des Spartakusbundes und die erste Führerin der kommunistischen Partei gegen die in den Bedingungen enthaltenen Tendenzen sich gewendet hat. Ohne Zweifel, so sprach er mit Recht aus, hätten die Kommunisten in ihren Reihen heute einen Kopf wie Rosa Luxemburg, so würden es die Moskauer Kommunisten nicht gewagt haben, dem deutschen Proletariat derartige Bedingungen zu stellen. Denn gerade Rosa Luxemburg hat gezeigt, wie es notwendig ist, die Massen für den revolutionären Kampf zu gewinnen und diese selbst über die Aktionen entscheiden zu lassen. Moskau aber will den Massen die Entscheidung nehmen und sie in die Hand von unkontrollierbaren Führern legen. Schließlich wandte sich Hilferding dem Teil der Rede Sinowjews zu, der das Hauptstück aus dessen Demagogie darstellt. In der Tat läßt sich mit parlamentarischen Worten kaum kennzeichnen, daß das Aktionskomitee der Moskauer Internationale, dessen Vorsitzender Sinowjew ist, dem Parteitag ein Pamphlet auf den Tisch legt, das die Gegner der Bedingungen als Schurken, Sozialverräter, Sozialparasiten und Vorkriegsbeschimpften bezeichnen will. Woher hat Sinowjew seine Legitimation dazu? Glaube er, daß wir auf diese schlaue Taktik hineinfallen werden? Meint er, daß er damit die Gegner der Bedingungen verwirren kann? Nicht Sinowjew kann über die Veränderung der Bedingungen entscheiden, sondern nur ein neuer Kongreß der kommunistischen Internationale. Und was sagen die Anhänger der Bedingungen dazu, die doch die vorbehaltlose Annahme der Bedingungen forderten, daß man sie jetzt doch noch abändern wolle?

Klapp und Klar spricht Hilferding aus, um was es sich bei dem Angebot von Sinowjew handelt, um ein neues Mandat, durch das die Spaltung und die Zerstückelung der U. S. P. unter günstigeren Umständen vorgenommen werden soll. Aber um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Gegner der Bedingungen unter allen Umständen die Einheit der Partei wahren wollen, daß sie nach wie vor den Willen haben, mit den 3. Internationale angefallenen und anderen revolutionären Parteien eine geschlossene Front zu bilden, legte Hilferding eine Erklärung der Gegner der Bedingungen vor, die eine klare Antwort auf Sinowjews Kartentänzerstück enthält.

In Leipzig, so endete Hilferding, haben wir eine schwere Aufgabe gelöst. Dort haben wir Crispian zugejubelt, als er das Aktionsprogramm verkündete und begründete. Von dort ist eine neue Entwicklung für unsere Organisation und für das revolutionäre Proletariat ausgegangen. Von diesem Parteitag aber werden wir scheiden mit der Ueberzeugung, daß die Arbeiterbewegung eine neue Niederlage erlitten hat. Der Redner erhielt stürmischen, langandauernden Beifall.

Nachdem der Genosse Kapadtschew von der bulgarischen Kommunistenpartei gesprochen hatte, nahm Genosse Martow von der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei das Wort. Er mußte sich auf einige Begrüßungsworte beschränken, da ein Halsleiden ihm am Reden hinderte. Genosse Stein las dann die schriftlich niedergelegte Rede vor. Jahrzehntlang steht Martow mitten im revolutionären Kampf. In ihm verkörperte sich die russisch-revolutionäre marxistische Arbeiterbewegung. Erschütternd wirkten seine schlichten Darstellungen über die wahren Zustände in Rußland, über die Verfolgungen, die die marxistischen Sozialisten von der Sowjetregierung zu erdulden haben. Und mit elementarer Wucht dringt bei den Gegnern der Bedingungen ein Entrüstungsturm gegen Sinowjew aus, der die Hauptverantwortung für diese Schreckensherrschaft trägt, als Martow sagte, er wisse nicht, wie es ihm nach diesen Darstellungen in Rußland ergehen, was Sinowjew mit ihm machen werde, und vielleicht hätten seine Parteigenossen jetzt schon die schwersten Verfolgungen auszustehen, weil er hier die Wahrheit über Rußland gesagt habe.

Den Schluß der gestrigen Sitzung bildete die stürmische Szene, die wir an anderer Stelle schildern. Sie zeigt, wie weit das Zerstückelungswerk der Kommunisten schon gediehen ist. Aber sie sollen sich nicht täuschen. Die Kräfte der U. S. P. können nicht gebrochen werden, auch wenn die gerissensten Demagogen und die gewiegtesten Altongetaktiker auf die deutsche Arbeiterklasse losgelassen werden. Die Neu-Kommunisten mögen sich jetzt von uns scheiden und sich mit den alten Kommunisten zu einer Brüderlichkeit vereinigen. Wir aber, die U. S. P., wir leben! Unsere Partei wird diese schwere Zeit überwinden, und nun erst recht zur Bannerträgerin des revolutionären Proletariats werden!

Frossard und die Gewerkschaften

Gleichberechtigung, nicht Parteidiktatur

Auf dem zu Beginn dieses Monats in Orleans stattgefundenen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß hielt Gen. Frossard eine längere programmatische Rede, in der er seine Auffassungen über die Stellung der Gewerkschaften zu den politischen Parteien deutlich darlegte. Wir entnehmen hierüber dem offiziellen Bericht im folgenden die wesentlichen Teile. Frossard begann:

Die französische Gewerkschaftsbewegung soll sich im Sinn einer revolutionären Situation orientieren. Natürlich muß sie sich auch um die unmittelbaren Forderungen kümmern, schon um der Mitgliederbewegung willen. Sonst besteht die Gefahr, daß die Organisationen wieder zurückgehen.

Frossard kommt dann auf die Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften zu sprechen und auf die Moskauer Bedingungen, die eine Unterstellung der Gewerkschaften unter die Kontrolle der kommunistischen Internationale, die Bildung von kommunistischen Zellen fordert. Er erklärt:

Ich gehöre zu denjenigen, die sagen, daß die U. S. P. nicht unter den Einfluß irgendeiner Partei gestellt werden kann, selbst wenn diese Partei die meine wäre. Ich erkenne den revolutionären Wert der französischen Gewerkschaften an und ihre Recht, frei über sich selbst zu bestimmen. Das ist der Standpunkt, der seit 15 Jahren auf allen unseren Partikongressen von Jaures, Bailant und der großen Mehrheit der Partei gegen Guesde und seine Freunde mit Erfolg vertreten wurde. Ich habe schon in Moskau der kommunistischen Internationale schriftlich geantwortet, daß bei uns die Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften auf der Basis der Gleichberechtigung beruhen müßten, und daß nur auf dieser Basis der völligen Gleichberechtigung der beiden Organisationen eine revolutionäre Bewegung denkbar sei. Sie wissen, daß mein Standpunkt von der kommunistischen Internationale scharf bekämpft wird. Ich habe trotzdem keinen Augenblick daran verzweifelt. Allerdings beantrage ich für die sozialistischen Mitglieder der Gewerkschaften das Recht, ihren sozialistischen Charakter nicht zu verbergen. Und dabei kann es sich um keinen Versuch handeln, die Gewerkschaften der Partei unterzuordnen. Wenn dieser Versuch gemacht würde, so könnten wir ihn nicht unterstützen. Aber in der revolutionären Situation, in der wir leben, sind gemeinsame Aktionen unbedingt notwendig.

Frossard macht dann nähere Ausführungen über die russische Gewerkschaftsbewegung. Sie sei noch sehr jung, das mache ihre abweichende Auffassung der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung verständlich. Ueber seine Reise nach Rußland spricht Frossard sehr zurückhaltend. Es sei unmöglich, in sieben Wochen ein endgültiges Bild zu erhalten. Selbst wenn Frossard aber viele Reserven zu machen hätte, so müsse er doch laut erklären, daß er sich trotzdem mit der russischen Revolution solidarisiere würde.

Frossard vertrat auf dem Kongreß die Minderheit. Seine Rede aber bei dem ganzen Kongreß ungeteilten Beifall. Ein Delegierter der Mehrheit rief dem Redner sogar zu: „Dieser Rede, Frossard, können auch wir Beifall spenden.“ Tatsächlich enthält diese Rede nichts, was nicht auch derjenige Teil unserer Partei, der die Moskauer Bedingungen ablehnt, unterschreiben könnte. Im Gegenteil, Frossard vertritt ganz und gar die von uns fortgesetzt vertretene Auffassung über die Stellung der Gewerkschaften. Zu den 21 Moskauer Punkten hat sich Frossard bisher nicht geäußert. Da aber inzwischen deren Veröffentlichung durch die „Humanité“ erfolgt ist, wird er nun auch zu diesen Bedingungen Stellung nehmen müssen. Da Frossard bereits erklärt hat, über die bisher in Frankreich bekannt gewordenen neun Punkte niemals hinauszugehen, wird er nun seine endgültige Stellung zur 3. Internationale genau präzisieren müssen.

Die 22. Bedingung

Der Kampf um die Moskauer Bedingungen wird in Form einer tohen persönlichen Debatte gegen den angeblichen „rechten Flügel“ geführt, genau nach dem Moskauer Diktat, die Führer zu „entlarven“. Warum dabei so gelogen wird, wird verständlich, wenn man die folgenden Sätze aus Lenins Schrift über den „Kabalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ liest. Da heißt es:

Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar List, Schamheit, illegale Methoden, Verschweigung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.

Also das „Verschweigen der Wahrheit“ müssen nach Lenins Forderung die Kommunisten verstehen. Propaganda für diese Idee brauchen sie aber nicht mehr zu machen. Sie verstehen es schon ganz gut! Lenin kann uns mit dieser seiner 22. Bedingung, die man auch als Ausführungsvorschrift zu den Gewerkschaftshöfen bezeichnen kann, nicht überrraschen.

Möge dieser Kampf mit Gift und Lüge nur nicht die ganze Arbeiterschaft zersprengen. Sonst bleibt am Tage der Revolution vom ganzen Proletariat nur ein Haufen entarteter Menschen übrig, die nicht die Fähigkeit haben werden, für den Sozialismus zu kämpfen, den wir bisher nicht als eine Welt von Gift und Lüge verstanden haben. Daher lehnen wir auch diese 22. Bedingung ab!

Zweifelentheorie

Bald für, bald gegen den Krieg!

Die Ludendorffpartei in kommunistischem Gewande haben in den letzten Wochen eine gesteigerte Kriegspropaganda betrieben. Es wurde zum unverzüglichen Bruch des Versailler Friedensvertrages aufgefordert, und jeder, der sich dieser Mahnung widersetzte, wurde als „Verräter an der Weltrevolution“ gebrandmarkt. Durch den Krieg, über Versailles hinweg sollte der Weg zum Sozialismus freigemacht werden. Das waren die neuen Lösungen, gegeben aus dem Munde von Männern, die sich einbilden, die einzig zuverlässigen Führer der Arbeiterklasse zu sein oder sich anzumachen, es zu werden. Für die unterkommunistische Masse betriebene Kriegsbegeisterung liegen unumstößliche Beweise vor. Nun kommt auf einmal Sinowjew und erklärt auf dem Parteitag in Halle:

Es ist unerhört, daß es so dargestellt worden ist, als ob wir Deutschland in den Krieg mit Frankreich hineintreiben wollten. Wir sagen, die Arbeiter müssen die Macht in Händen halten, ehe der Versailler Vertrag überwunden werden wird. Daher wiederhole ich nochmals, daß wir ganz entschieden ablehnen, von Euch den Krieg gegen die Entente zu fordern.

Diese Ausführungen widersprechen Wort für Wort und Satz für Satz den Tatsachen, die in der alt- und neukommunistischen Presse niedergelegt worden sind. Die Auffassung, daß der Versailler Vertrag erst dann überwunden werden kann, wenn die Arbeiterklasse die Macht in den Händen hat, ist von der Unabhängigen Partei stets vertre-

ten worden, und gerade deshalb wurden wir von den Kommunisten durch die Gasse geschleift und als Lakaien des Marschalls Hoch „gebrandmarkt“. Hat nicht erst in der vorigen Woche die „Kote Jahne“ die „Rosenselbs“ und „Hilferdings“ dafür verantwortlich gemacht, daß im Sommer, bei dem russischen Vormarsch auf Warschau, die Arbeiter nicht kämpften an die Seite Sowjetrußlands getreten seien, also dem Versailler Vertrag nicht gebrochen hätten? Stand nicht in der „Hamburger Volkszeitung“ und anderen von Moskau beeinflussten Blättern zu lesen, daß die „rechten Führer“ durch „ihre hinterhältige Demagogie sogar an der Revolution in Rußland die Hand mitgewirkt hätten? Und zwar deshalb, weil sie, genau wie jetzt Sinowjew, einen Krieg gegen die Entente entschieden ablehnten?

Sinowjew hat als Anhänger der Katastrophentheorie den kommunistischen Ludendorffparteilern die Notwendigkeit eines Krieges eingeleitet. Jetzt, wo er sieht, daß es doch nicht so ganz einfach ist, die deutschen Arbeiter in ein neues völlig aussichtsloses Abenteuer zu treiben, jetzt behauptet Sinowjew das Gegenteil, ja er macht sich sogar die stärksten Argumente der U. S. P. D. zu eigen.

Bald für den Krieg, bald gegen ihn. Das ist der neue entdeckte „revolutionäre Marxismus“, der seine Argumentation wechselt, wie das Ideal veränderter Bedürfnisse auf Demagogie es verlangt. Wie müssen diese Leute, die sich selbst täglich als die einzig berufenen Führer der revolutionären Massen anpreisen, die Arbeiterklasse einschücheln, der sie das zu bieten wagen!

Von den Abwicklungsstellen

Gut bezahlte Schreiberposten

Beim Abbau der Abwicklungsstellen, der jetzt stattfindet, wird eine eigenartige Behandlung der Angestellten gepflogen. Dem Personal der freien Berufe wird getündigt, während die ehemaligen Berufsbeamten mit ihrer kostbaren Kraft den Beamten erhalten bleiben. Im Abwicklungssamt Spandau, das 200 Personen umfaßt, sitzen jetzt 52 ehemalige Berufsbeamte und 100 frühere Berufsunterbeamte. Nur 48 Angestellte gehören den freien Berufen an. Von den 82 Offizieren sind bloß 33 ablig, 19 sind ehemalige Stabsoffiziere, die den Krieg auch nur von der schönen Seite kennen, der Rest besteht aus früheren Hauptleuten. Während durch die Auflösung der Abwicklungsstellen tausende Angestellte heillos geworden sind, beziehen diese Herren Offiziere für ihre unschätzbaren Dienste das Gehalt ihres früheren Dienstgrades weiter. Infolgedessen erhalten Schreiber 2-3000 M. monatlich. Was sagt der Reichsfinanzminister dazu? Können wir es uns leisten, daß die Abwicklungsstellen Versorgungsämter für die Offiziere werden, die Secht bei der Reichswehr nicht unterbringen konnten?

Spitzelgeschichten aus München

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

München, 15. Oktober 1920.

Die Münchener Post hat wieder drei Mitglieder der „Freien sozialistischen Jugend“ verhaftet, den 17jährigen Karl Thoma, der angeblich als Kurier der kommunistischen Militärpropaganda-Zentrale Berlin in München war, den 19jährigen Vorsitzenden der „Freien sozialistischen Jugend“ Erwin Gieseler und den 19jährigen Union Gieseler. Die beiden letztgenannten sind wieder entlassen worden. Gegen Thoma hat das Münchener Volksgericht ein Hochverratsverfahren eingeleitet. Die Polizei will bei Thoma Anweisungen und Pläne über die Tätigkeit und Ziele der Militärpropaganda-Zentrale Berlin gefunden haben. In einem bei Thoma gefundenen Schriftstück heißt es nach Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“:

Aus einem Bericht entnehme ich, daß verschiedene Genossen erwarren, daß zu einer Teilsaktion immer der Befehl der obersten militärischen Leitung herausgegeben werden muß. Die Revolution ist keineswegs von uns kommandiert, sondern sie hat sich aus den kritischen Verhältnissen mit der Gesamtlage entwickelt. Auf Anregung der 3. Internationale werden wir künftig mit der linken U. S. P. zusammenarbeiten. Die linke U. S. P. D. hat in eine gemeinsame Arbeit mit uns eingewilligt. Die U. S. P. D. Organisation hat im Wege der U. S. P. Leute mit der U. S. P. diesbezüglich zusammengearbeitet, weil vorläufig die eigene Organisation gegenüber der linken U. S. P. noch illegal zu bleiben hat in ihren Einzelheiten.

Als militärischer Leiter für Bayern soll der Student und Kerneoffizier Halbar ausersuchen gewesen sein, der aber in Darmstadt, dem Richter vorgeführt, erklärt haben soll, daß er zwar wiederholt bei der U. S. P. D. zur Übernahme der militärischen Leitung Bayerns aufgefordert wurde, aber stets abgelehnt habe. Die ganze Angelegenheit läßt deutlich die Hände politischer Spitzel erkennen.

Der Streik der städtischen Arbeiter

Beilegung in Chemnitz und Dresden

Der Streik der städtischen Arbeiter in Sachsen hat sich zu einem harmlosen Ringen entwickelt, das jedoch durch die vollständige Einstellung in einigen wichtigen Orten nennenswertem Schaden entgegen zu gehen scheint.

Die streikenden Gas- und Elektrizitätsarbeiter in Leipzig zeigten es allerdings mit erheblicher Mehrheit ab, sich dem Spruch des partiell zusammengesetzten Schiedsgerichts, wie es von dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden vorgeschlagen wurde, zu unterwerfen. Der Streik dauert fort.

In Chemnitz dagegen hat die städtische Arbeiterschaft in einer Freitag vormittag abgehaltenen Versammlung beschlossen, die zwischen den Vertretern beider Parteien am 1. Oktober getroffenen Vereinbarungen, welche anscheinlich Verbesserungen bedeuten, anzunehmen. Der seit vorigem Sonnabend dauernde Streik ist damit beendet.

Ebenso ist in Dresden der Ausstand der Gemeindearbeiter durch eine Einigung auf Grund neuer Stundenlöhne beigelegt worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll sofort erfolgen. Maßnahmen gegen die Teilnahme an Streik finden nicht statt.

So endete auch diese bedeutende Bewegung mit einem annehmbaren gewerkschaftlichen Erfolg. Dafür hat die Streikbewegung wieder eine Ausdehnung erfahren durch ein Uebergreifen auf Bauken, wie die folgende Meldung berichtet:

Bayreuth, 15. Oktober.

Die hiesigen städtischen Arbeiter sind gestern Abend in den Streik eingetreten. Die Arbeiter im Tiefbau haben sich ihnen bisher nicht angeschlossen. Elektrizität und Gas sind gesperrt. Nur der Kraftwerksbetrieb (Versorgung des Wasserwerks, des Krankenhauses usw.) wird von der Arbeiterschaft selbst aufrechterhalten. Die Zeitungen erscheinen heute nicht.

Beide Entwürfe über Danzig verworfen. Der Oberste Rat hat sowohl den polnischen wie den dänischen Entwurf zur Regelung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten verworfen.

Der Parteitag in Halle

(Eigene Drahtmeldungen der „Freiheit“.)

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Raummittagsession.

Vorsitzender Genosse Braß eröffnet um 3 1/2 Uhr die Sitzung. Der Delegierte der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei überbringt die Grüße der leitenden Sozialisten. Darauf nimmt der Genosse Martoff, von der rechten Seite mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er erklärt, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, die er vertritt, die gleiche Politik treibe, wie sie gemeinsam mit Adolph Hoffmann, Ledebour, Dittmann u. a. als proletarische Politik festgelegt wurde. Im Namen aller marxistisch denkenden, Klassenbewußten Arbeiter Russlands überbringe ich die Grüße für das deutsche Proletariat.

Genosse Stein verliest dann die eigentliche Rede Martoffs, die er wegen Hektik nicht halten kann. Darin heißt es: Keineswegs sieht die Frage nur als Kampf zwischen Bolschewismus und Menschewismus. Der sozialdemokratische Reformismus ist tot, er ist diskreditiert. Die Politik der Zentrumsparteien geht dahin, die vom Sozialchauvinismus abgekehrten Massen zu sammeln, sie zu bewußten Sozialisten zu machen,

die von allen anarchistischen Ideologien herauszureißen und mit ihnen die politische Macht zu erobern, die Expropriation der Bourgeoisie durchzuführen. Auch die Bolschewisten sind durch die Schule des Marxismus gegangen, aber sie bilden ihre Urteil durch die augenblicklichen Verhältnisse, durch die religiöse Induktion, mit der sie an ihr Ideal glauben. Es ist klar, daß die Unabhängigen die gefährlichsten Feinde sind, schrieb doch Lenin erst kürzlich, daß Däumig gefährlicher sei als Scheidemann und Kosse. Und ich bin ebenso gefährlich als jene, der ich seit 25 Jahren den marxistisch-revolutionären Standpunkt vertritt, der ich vom ersten Tage des Krieges den unerbittlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus geführt habe. Heute hat hier in Halle auf welt-europäischen Boden zum ersten Mal der Kampf begonnen zwischen den beiden Strömungen. Sinowjew hat recht: dieser Kampf muß ausgefochten werden, und ich bin nicht im Zweifel, daß er enden wird

mit einem Siege der marxistisch-revolutionären Auffassung. Aber man muß auch die 21 Bedingungen betrachten. Martoff gibt eine Charakteristik der Entstehung der kommunistischen Internationale. Die russische Regierung hat bis jetzt alles formuliert, und die dritte Internationale hat ihren Stempel darunter gedrückt. Nicht umsonst hat die einzige große europäische Partei in der Internationale, wie die italienische, eine besondere Rolle gespielt, und es nicht zugegeben, daß die Russen in die innere Politik ihrer Partei einwirkten. Auch Norweger und Schweden haben erklärt, daß die Unabhängigen Deutschlands in die dritte Internationale hinein mühten, um die russische Diktatur zu brechen. Noch immer nicht ist die Antwort der U.S.A. den russischen Arbeitern zugänglich gemacht worden. (Hört! Hört.) Auch unter den Arbeitern in Moskau hat man erst in letzter Zeit Massenveranstaltungen bei unseren Genossen vorgenommen.

36 Arbeiter sind als Opfer gefallen.

und die bei ihnen befindlichen Kammern des Antwortschreibens wurden beschlagnahmt. (Lebh. Entrüstung und Beifall.) Wegen der Zwischenpause entspinnt sich ein Redebau zwischen den beiden Vorsitzenden. Es entzieht minutenlange Anzüge. Dann fährt Genosse Stein in der Vertiefung der Martoff'schen Rede fort:

Aus der gefährdeten Situation heraus sind die 21 Bedingungen entstanden, von denen jemand richtig erklärt hat, daß sie den Charakter des herkömmlichen Ultimatum Diktats gegen Serbien tragen. Die Punkte selbst haben die Arbeiter sehr erschreckt, ja daß den Verhandlungen des Kongresses nicht die geringste Aufmerksamkeit zugewendet wurde. Man hat dort die Zeit verstreut und die Kräfte verausgabt, die alten Führer aus den Reihen ihrer eigenen Parteigenossen herausgeholt. Man hat auf dem Kongress feierliche Beschlüsse darüber gefaßt, unterdessen marschierte die Rote Armee nach Warschau. Die englischen Arbeiter interpellierten die ihrer Regierung, um Sowjet-Rußland zu schützen. Die Rote Armee ging weiter vor gegen Warschau und sofort wurde die Strategie verschleiert, die Verhandlungen wurden veräufelt. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Vorsitzender Sinowjew ist, erklärte:

Kein Friede, wenn Polen nicht Sowjet-Republik ist.

Darüber aber wurde die dritte Internationale nicht befragt, sondern die russische Regierung verlangte die unbedingte Anerkennung aller kommunistischen und nichtkommunistischen Parteien zu dieser halsbrecherischen Politik. Wohin diese Politik geführt hat, beweist Riga. Die Politik mit dem Verfallener Vertrag, die von den Kommunisten betrieben wird, kann schlecht sein, wie ich glaube, sie kann gut sein, wie Lenin es glaubt. Auf jeden Fall hat man auch für diese Politik nicht die Internationale gefragt; die doch über den Parteien stehen und sie führen soll. Das hier die große Gefahr einer illudären Politik, daß sich die Bolschewisten außerhalb der Kontrolle einer internationalen Organisation stellen. Die Politik der Bolschewisten hemmt den revolutionären Prozeß. Was ökonomisch krank ist, haben die Genossen gesehen, die in Rußland gewesen sind. Was politisch krank ist aber haben sie aus dem Artikel Sinowjew's erfahren. Nicht einmal die Disziplin der russischen Regierung ist unter die Kontrolle der dritten Internationale gestellt worden. Die Frage ist von ungeheurer Bedeutung. Es ist eine große historische Tatsache, daß die Völker des Ostens durch die russische Revolution erweckt sind. Aber sie stellt neue Probleme auf, die nur vor dem Forum der ganzen sozialistischen Internationale behandelt werden können. Es ist mehr lächerlich als traurig, das Dokument, das Sinowjew gestern hier über den Ostkongreß verlesen hat. Die

Kleinigkeit millionenfachen Nordens

ist schnell geföhnt gegenüber dem „konterrevolutionären Vorgehen“ eines Emille, Berthelm oder Taragona. (Sehr richtig.)

Wenn die dritte Internationale auf ihrem Kongreß keine Zeit gefunden hat, sich mit der so außerordentlich wichtigen Außenpolitik zu befassen, so hat man noch mehr auf dem Gebiet der inneren Politik diktiert. Es ist auch nicht geklärt worden, in welchem Maße die terroristische Politik der russischen Regierung einer revolutionären Politik entspricht. Als Antwort auf die Ermordung Urylas und des Attentats auf Lenin, sind damals in Petersburg, das unter Sinowjew's Herrschaft stand, 800 Gefangene erschossen worden, die nichts mit dem Attentat zu tun hatten. (Hört! Hört.) Wenn aber die Führer der Bolschewisten auch den Terror ausüben gegen sozialistische Parteien, die eine friedliche Propaganda treiben, so sind sie um so mehr verantwortlich für die Bestialität, die sich infolge des Krieges so sehr ausgebreitet hat. Der Terror, der so weit geht, daß selbst Mitglieder der russischen kommunistischen Partei, die eine Kritik der Führer wegen, an die Front geschickt werden, diesen Terror bekräftigt und fördert die 3. Internationale. Nichts hat mich so sehr verletzt und nichtig als mehr den Zustand der russischen Revolution erkennen lassen als die Frage, die man hier in Deutschland an mich gestellt hat:

Was man denn in Rußland mit mir machen werde, wenn ich hier in Deutschland gegen Sinowjew sprechen werde.

Und nicht nur, wenn ich zurückgekehrt bin, nein, schon jetzt, was werden meine Parteigenossen, die zu Hunderten in den Gefängnissen schmachten, zu erleben haben. (Wutruf, Sinowjew wird Blut und Jagerufen, andauernde Anrufe.) Einmal wird hoch der Tag kommen, wo man als höchsten Ruhm für das russische Proletariat legen wird, daß sich in einer fast religiösen Inatheit ein Kerntrupp von Arbeitern gefunden hat, die ohne Rücksicht auf Unpopulartät die Fahne des revolutionären Marxismus hoch halten. (Lebh. Beifall.)

Das Bemühen der Notwendigkeit einer Internationale der Tat ist ein ungeheurer Schritt vorwärts zur internationalen Organisation des Proletariats. Aber es genügt nicht, die internationale Psychologie zu erklären. Es ist der Augenblick ge-

kommen, wo man feststellen muß, daß die Führer der russischen Bauernrevolution nicht die Erben des westeuropäischen Proletariats sein können. Keine Überzeugung ist, daß die revolutionäre Internationale der Sozialisten nicht errichtet werden kann von ihnen, die

einer rückwärtigen revolutionären Anarchie

huldigen. Ich schließe mit dem Wunsche aller russischen sozialdemokratischen Arbeiter: Möge die einzige unabhängige sozialdemokratische Partei bestehen bleiben an der Spitze der revolutionären sozialistischen Internationale. (Stürmischer langandauernder Beifall.)

Darauf erhält das Wort Genosse Losowsky, der Führer der russischen Gewerkschaftsdelegation. Er führt folgendes aus: Ich habe die Aufgabe, die Frage zu stellen

zwischen Amsterdam und Moskau.

Wie kommt es, daß von diesen Seiten behauptet wird, daß es in Rußland keine Freiheit, sondern nur Terror gibt, während die revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder sich nach Moskau hingezogen fühlen? Wo liegt die Lösung dieses Widerspruchs? Die werden Sie nur finden, wenn Sie die russische Revolution als eine internationale Erscheinung in dieser Periode des Verfalls des Kapitalismus betrachten. Poowsta polemisiert gegen Martow und fragt, was die Sozialdemokratische Partei Russlands für die Revolution in Rußland getan habe? Die Menschewisten haben die Scheidemann-Politik fortgesetzt. Er schließt dann die Ereignisse der Oktoberrevolution 1917, wo die Bolschewisten den Menschewisten das Angebot einer Koalitionsregierung gemacht haben und sagt, daß die Bolschewisten durchaus gegen die menschewistische Partei gehandelt hätten. Wenn die Ereignisse gegen die Koalitionspolitik ausge-

Arbeiter, Angestellte, Genossen!

Die Not und das Elend des arbeitenden Volkes wächst ins Unerträglich. Eine neue Welle unerhörtester Preissteigerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter in Verbindung mit Betriebseneinrichtungen und Betriebseneinstellungen zwingen das Proletariat, dauernd zwischen Hunger und Verhungern dahin zu vegetieren.

Doch so schwer auch die verkürzte Arbeitenden und völlig Arbeitslosen an ihrer Not zu tragen haben, unsagbar schwerer leiden die politischen Inhabiteren und ihre Angehörigen.

Täglich erreichen uns, ganz besonders aus Bayern, die herzerweichendsten Verzweiflungsschreie unserer hinter Kerkermauern schmachtenden Genossen. Ihnen muß unsere Hilfe zuteil werden.

Beschlag wenden sich an uns Genossen, die als politische Flüchtlinge im Auslande verstoßt werden und in Deutschland Sicherheit suchen. Sie suchen bei uns ein Asyl. Dabei werden sie von den deutschen Behörden von Ort zu Ort getrieben. Die Arbeiterpartei muß ihnen das Asylrecht erkämpfen, damit sie ihr ungetes und anstrengendes Flüchtlingsleben ausüben können. Auch sie haben Anspruch auf unsere Unterstützung.

Aus Desterreich ergoht an uns der Aufruf, den ungarischen Revolutionären zu helfen, und wir müssen diesem Aufruf Folge leisten.

Mit Worten allein ist den Schwachtenden und Geheuten nicht gehilf. Hinzukommen muß die Solidarität der Tat, die große Summe erfordert. In allen Bezirken Deutschlands müssen Unterstützungskommissionen ins Leben gerufen und eine rege Sammelstätigkeit entfaltet werden. Gibt jeder Arbeitende seinen Beitrag, dann wird es möglich sein, unendlich viel Elend zu mildern.

Arbeiter! Angestellte! Genossen! Sammelt überall für die Verfolgten und Entschickten! Lebt praktische Solidarität!

Die Arbeiten einer Zentrale für das Unterstützungswesen hat im Auftrage der unterzeichneten Parteien der Genosse Adolf Baer, Reußlän, Pflügersstraße 1, Konto Dresdener Bank Nr. 6886 (Zentrale Holzmarktstraße 1) übernommen.

Die unterzeichneten Parteien fordern ihre örtlichen und Bezirksorganisationen auf, diesem Aufruf entsprechend Vorbereitungen zu treffen, gemeinsame Unterstützungskommissionen zu bilden und auszubauen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

schlagen sind, so liegt das eben an der revolutionären historischen notwendigen Entwicklung. Wenn die Bolschewisten wirklich solche Niederträchtigkeiten begehen, wie sie Martow geschildert hat, wie ist es dann möglich gewesen, daß Tausende dranger Genossen der Menschewisten zur kommunistischen Partei gekommen sind. Es ist das Schicksal der russischen sozialdemokratischen Partei gewesen, in der ein harter innerer Kampf, der eng mit der Revolution verbunden war, während ein schwächerer rechter Flügel die Geschäfte der Konterrevolution besorgte.

Die Resolution, die Hilferding vorgelegt hat, schneidet die Frage der Amsterdamer Internationale an. Wenn Sie die Arbeit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, ihr Programm usw. betrachten, werden Sie ihren Charakter erkennen. Auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale im vorigen Jahr haben die Appleton und Johauz die deutschen Gewerkschaften des Verrats angeklagt, weil sie den deutschen Imperialismus unterstützt hätten. Sie gehen eben von der Vorstellung aus, daß eine Unterstützung des deutschen Imperialismus ein Verbrechen ist, während die Unterstützung des englischen und französischen Imperialismus von ihnen nicht verurteilt wurde. Die auf Veranlassung des Völkerbundes einberufene Konferenz in Washington im vorigen Jahre hat ein internationales Arbeitsamt geschaffen, an dem die Vertreter der Gewerkschaften aller Länder beteiligt sind. An der Spitze dieses internationalen Arbeitsamtes, an dem auch der Allgemeine Gewerkschaftsbund teilnimmt, steht ein Albert Thomas, über den uns Genosse Louquet Auskunft geben kann. Losowsky verliest das Programm dieses Arbeitsamtes und fragt: Was tun die deutschen Gewerkschaften in dieser Organisation, in der das Geld des Völkerbundes arbeitet? Das ist die Fortsetzung der nationalen Politik, die von den Gewerkschaften vier Jahre lang getrieben worden ist. Losowsky verliest eine Rundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wegen der Lage der oberösterreichischen Arbeiter, in der gebeten wird, darauf hinzuwirken, daß die Besatzungsmächte ihre Besatzungen aus Oberösterreich zurückziehen. Daran erkenne man die reformistische Vorstellung, daß man das Elend durch Verhandlungen für die Arbeiterklasse aus der Welt schaffen. Das ist die Politik des Burgfriedens während der Krisenjahre. (Stürmische Unterbrechung.) Als Losowsky fortwährend weiter gegen die deutschen Gewerkschaften und gegen die Gewerkschaftsinternationale polemisiert und sie mit den größten Schimpfwörtern beleidigt, als er auch den Parteitag beleidigt, auf dessen Veranlassung er in Deutschland bleiben kann, bricht auch auf der rechten Seite ein ungeheurer Sturm aus.

Nachdem die Urabstimmung über zwei Stunden gedauert hatten, verkündete der Vorsitzende Genosse Braß, daß die weiteren Verhandlungen des Parteitages auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt seien.

Der Casseler Parteitag

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Cassel, 18. Oktober.

In der Donnerstagssitzung setzte sich das Duell Wissell-Schmidt fort. Es zeigte sich, daß Wissell ziemlich allein steht. Sein Verhalten in der Sozialisierungskommission, wo er den Vorschlag für Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu Fall brachte, wurde ihm von Adolf Braun schwer angekreidet. Ex-Reichsanwalt Bauer nahm die Aufsührung und das Verhalten Wissells scharf unter die kritische Lupe. Die schwachen Stellen des Wissell-Waldendorfschen Planes wurden von seinen Gegnern treffend aufgedeckt. Die Karls Pose aber, mit der die Schmidt und Braun für die Sozialisierung eintreten, kann nicht veressen werden, daß sie auf diesem Gebiete bisher sehr wenig Energie bewiesen haben. Ob das nach dem Parteitag besser wird? Der Antrag Braun der schließlich einstimmig angenommen wurde, weiß nichts von Wissells Manuifakt, aber er verspricht, die ganze Kraft der Partei auf die Berechtigung der Produktionsmittel zu konzentrieren und sprich sich entschieden gegen das Weiterbestehen des Privateigentums im Kohlenbergbau aus, als im Sinne des Antrages der Sozialisierungskommission. Auch ein Antrag Otto Braun auf Sozialisierung der Düngeamtsfabriken wurde einstimmig angenommen. Braun will so durch Verbilligung der Düngemittel den Ertrag der Landwirtschaft, der ersöhnend zurückgegangen ist, wieder heben und so die Einfuhr von Getreide überflüssig machen. Er stellt den zwölf Milliarden Mark, die jetzt für eingeführtes Getreide zu zahlen sind, die 380 Millionen Mark entagen, die für phosphorhaltige Düngemittel aus dem Ausland gekauft werden müssen. Braun erzielt großes Interesse mit seiner Anfrage, daß in der Reichsstelle, die die Preise für künstliche Düngemittel festsetzt, ein holländischer Beamter sei. Ebenso hatte Heilmann mit seiner Anfrage gegen den Ernährungsminister Hermes Erfolg. Seine Resolution, daß die Reichstagsfraktion dem Minister das Mißtrauen ausspreche, wurde vom Parteitag angenommen, obwohl Adolf Braun nur die Ueberweisung an die Fraktion wollte. Im übrigen gab es eine Massenverlesung der ungedruckten Memos von Anträgen. Unter allgemeiner Unachtsamkeit wurden sie serienweise meistens um Anträge sozialistischer Inhalts und um Verbesserungen auf anderen Gebieten gelesen. Hervorzuheben ist ein Antrag auf Einheitsrepublik, der unter Beifall einstimmig angenommen wurde, ebenso einen auf weltliche Schulen. Einige Anträge, die die

gefehlte Festlegung des Parteitagstages

oder des 9. November oder eines Verfassungstages fordern, wurden der Fraktion überwiesen. Angenommen wurden ferner Anträge für die Oberpfalz und das Saarrevier und für die Bevölkerung der besetzten Gebiete. Unter ständlicher Teilnahmslosigkeit wurde dann der Bericht über den internationalen Kongreß in Genf von Meerfeld gegeben. Der wesentliche Inhalt seines Berichtes war, daß die Deutschen der Resolution über die Schuldkrise zugestimmt haben, ohne mit ihr einverstanden zu sein, weil sonst das Zusammenkommen der Internationale nicht möglich gewesen wäre. Eine wesentliche Debatte entspann sich nicht. Man hatte erwartet, daß es zu Auseinandersetzungen über die Schuldkrisen-Resolution kommen würde. Das wurde aber verhindert, indem man nach einigen unentschieden behaltenerednarn — Eisenhardt-Hamburg hatte sich nämlich über die schlechte Behandlung deutscher Seeleute in englischen Häfen beschwert — die Debatte kurzer Hand schloß. Es hatte sich noch Edward Bernstein gemeldet, dem das Wort abgelehnt wurde. Es schloß dann die Sitzung mit der Annahme der Resolution Meerfeld, die sich auf den Boden der Beschlußes des Genfer Kongresses stellt und dann die bekannten Beschwerden gegen den Verfallener Vertrag wiederholt. Sie endete mit dem Ergebnis, daß die deutsche Sozialdemokratie dafür sorgen will, daß internationale Konflikte künftig nicht mehr mit Waffengewalt ausgetragen werden. Sie will zu diesem Zweck die deutsche Republik schützen und dem Kapitalismus ein Ausbeutungsgebiet nach dem anderen entreißen.

Monarchistenkrach in Ungarn

Die Monarchisten stehen in allen Republiken, die nach dem Kriege entstanden sind, vor einem ersten Anstöße, wenn es einmal „erst“ wird. Wer soll König werden? Die Davongelaufenen oder Heruntergeschmissenen sind so blamable Figuren, daß halbwegs ernste Monarchisten gerade von ihrer Wiederkehr das Schlimmste für den monarchischen Gedanken befürchten.

So scheint es auch den ungarischen Monarchisten zu gehen. In Budapest hat eine starke Kollation der Verbliebenen eingesetzt, die Vorbereitungen zur Rückkehr König Karls noch vor der Ratifizierung des Friedens nach Ungarn treffen. Einzelne Kreise wollten sogar militärische Formationen für die Unterstützung dieses Planes gewinnen. Die Regierung hat hieron rechtzeitig Kenntnis erhalten und die Durchführung dieses Planes verhindert. Infolgedessen haben die Gegner der Habsburg-Lösung einen Vorstoß unternommen, der darin besteht, eine Lösung der Königsfrage in „gehehlicher Weise“ auf spätere ruhige Zeiten zu verschieben. Zunächst wollen sie die Ratifizierung des Friedens durchführen, dann aber einen Gelegenheitswurf einbringen, wonach die Lösung der Königsfrage erst im Jahre 1922 vorgenommen werden soll.

Alles mit einem Wort: die extremen Monarchisten wollen gleich, die anderen wollen die Sache verzögern. Es wird damit gerechnet, daß es innerhalb der Regierungsparteien zu ernsten Zwistigkeiten kommt. Aber es ist nicht zweifelhaft, daß das Horthy-Regime darüber nicht länger wird. Wegen taktischer Differenzen zerfallen sich nur die Proletarier. Und so dümm sind die Monarchisten nicht!

Das Gutachten über Dr. Adler

Zu den Gutachten über Dr. Adler wurde auf der Pressekonferenz mitgeteilt, daß der Oberpräsident von Brandenburg, getreu der Vorsicht, bei denjenigen Stellen, bei denen Dr. Adler bisher beschäftigt war, um ein Gutachten über seine Tätigkeit nachgefragt hat. So z. B. bei der A. E. G. und beim Verband Groß-Berlin. Stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Giese, der Gegenkandidat von Dr. Adler. So kam die Anfrage über Dr. Adler an ihn. Er hat sich sofort für befangen erklärt und ein Urteil abgelehnt.

Diesen Tat, den Prof. Giese damit bewiesen hat, hätte der Oberpräsident haben sollen. Aber er hat einfach den Amtsschimmel blind darauf losreiten lassen. Und wer weiß, wohin der ihn geführt hätte, wenn in der Abwiderungstelle des Verbandes Groß-Berlin ein weniger taktvoller Gutachter gelesen hätte. In einem persönlichen Schreiben des Oberpräsidenten an uns wird dieser Sachverhalt bestätigt.

Die Soziologie des Bolschewismus

Mit Bezugnahme auf das Problem der Internationalen, von M. Gellmann, Preis 3 Mark. Agitationsausgabe für Organisationen 1 Mark. Bestellungen richte man sofort an die Buchhandlung „FREIHEIT“ Berlin C. 2, Breite Str. 8-9.

Generalversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte

Die Delegierten der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin nahmen am Donnerstag den Bericht vom Betriebsräte-Kongress entgegen.

Der Berichterstatter Dollé von der Betriebsrätezentrale befruchtete sich in seinem Bericht im wesentlichen auf die Stellung und Haltung der Opposition des Kongresses, die nach seiner Meinung durch die Vorstehenden Graumann und Aufhäuser fortgesetzt „vergewaltigt“ wurden. Er sprach sich dann gegen die vom Kongress angenommenen Resolutionen und Richtlinien aus und forderte die Generalversammlung auf, für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin an der jetzigen Organisationsform der Betriebsräte festzuhalten.

In der Diskussion bemängelte Brandel, daß die Fraktionsleitung der Opposition völlig unfähig gewesen wäre. Das sei wohl die Schuld gewesen, daß über den Arbeiter der Opposition während der Dauer des Kongresses ein Unstern geschwebt habe. Auch sei es von Richard Müller nicht richtig gewesen, daß er sein Schlußwort an Brandel abgetreten habe. Bei der Entscheidung, ob sich Berlin der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der Aa und den vom Kongress bestimmten Richtlinien anschließen sollte, oder ob die jetzige Organisationsform beibehalten werden soll, müsse die Generalversammlung die Möglichkeit in Erwägung ziehen, daß die Berliner Gewerkschaftskommission sich auf den Boden der Beschlüsse des Betriebsräte-Kongresses stellt. In diesem Falle könne die gegenwärtige Organisationsform nur beibehalten werden, wenn die Frage der Finanzierung sichergestellt sei.

Albrecht nahm zu einigen Beschlüssen des Kongresses ebenfalls kritische Stellung, warnte aber davor, daß die Generalversammlung sich übereilt gegen die Beschlüsse des Betriebsräte-Kongresses ausspricht.

Der Vorsitzende der Betriebsrätezentrale, Paul Reumann, wandte sich gegen die Richtlinien des A. D. G. B., die den Betriebsräten ihre Selbständigkeit nehmen und sie angeblich in Organen der Arbeitsgemeinschaften machen. Dafür spreche schon die Tatsache, daß der Kongress eine von der Opposition eingebrachte Resolution, die von dem A. D. G. B. verlangte, die Zentralarbeitsgemeinschaften aufzuheben, unbeachtet ließ. Reumann empfahl folgende Resolution einstimmig anzunehmen:

Die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin nimmt Stellung zu den Beschlüssen des Reichskongresses der freigewerkschaftlichen Betriebsräte. Sie erkläre in den Bestimmungen über die Zusammenfassung der Betriebsräte, wie sie nach den Vorschlägen des A. D. G. B. beschlossen worden sind, ein Hemmnis im proletarischen Klassenkampf und damit der sozialen Revolution. Nach diesen vom Kongress angenommenen Richtlinien für die Betriebsräte werden diese ganz dem Willen der Gewerkschaftsleitungen unterstellt und damit an jeder freien Bewegung gehindert. Die Generalversammlung hält die in Berlin zwischen den Gewerkschaften und der Betriebsrätezentrale geschlossenen Vereinbarungen für die geeignete Grundlage und fordert die Hauptgruppenversammlung auf, daran festzuhalten.

Gegen eine Stimme wurde diese Entschließung angenommen.

Die Generalversammlung nahm dann zu dem Arbeitslosenproblem Stellung. Die Betriebsrätezentrale machte hierzu einige positive Vorschläge, die jedoch noch Gegenstand einer näheren Beratung der maßgebenden Körperschaften sein sollen.

Gewerkschaftliches

Die Firma Rausch & Hartmann als Jenfer

Sonntag, den 17. d. Mts., vorm. 9 1/2 Uhr, wird eine große Protestversammlung aller Angestellten der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sowie der Kriegsorganisationen im Zirkus Busch veranstaltet. Die Anschlagfirma Rausch u. Hartmann, welche Wächterin aller Berliner Anschlagstätten ist, verweigerte den Anschlag eines auf die Verammlung hinweisenden Plakates, weil sie wahrscheinlich den Text für zu revolutionär hielt. Sie bereitete sich dabei auf das Preßgesetz und so etwas geschieht im Jahre 1920 bei einer Firma, die einen Nachvertrag hat mit dem Magistrat Groß-Berlin, der noch vor dem Eintritt der Sozialisierung des Anschlagwesens sich einmal über dieses Plakat mit der Firma unterhalten sollte. Die Leser unseres Blattes finden dieses wild-aufreizende Plakat in der heutigen Nummer unseres Blattes und können nun selbst beurteilen, wie weit der Text staatsgefährdend wirkt und die Firma unter Berufung auf das Preßgesetz zur Ablehnung berechtigt.

Betriebsräteversammlung der Fabrikarbeiter

Am 12. Oktober 1920 tagten im Dresdener Kasino die Betriebsräte des Fabrikarbeiter-Verbandes, um den Bericht vom Betriebsräte-Kongress — den der Kollege Willi Schulz erstattete — entgegen zu nehmen. In großen Zügen wurden von ihm die Arbeiten des Kongresses sowie die Stellung der Opposition gewürdigt. Bei der Fülle des Stoffes und der großen Zahl der Teilnehmer war es nicht möglich, alle Fragen so eingehend zu behandeln, wie es die Betriebsräte gewünscht haben. Die verschiedenen Abstimmungen haben kein klares Bild über die Stimmung des Kongresses ergeben. Einigkeit war in der Frage der Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Da von vielen Seiten heute schon das Bestreben ausgeht, mit allen Mitteln die Rechte die das A. D. G. B. bringt, einzumengen und zu beschränken, gilt es, alle Arbeiter in den freien Gewerkschaften zu sammeln. Im Gegensatz zu den Anträgen der Opposition auf Errichtung einer selbständigen Betriebsräte-Organisation hat der Kongress den Zusammenschluß nach den Richtlinien des A. D. G. B. und der Aa beschlossen. Die Frage, ob alle Betriebsräte oder nur die der freien Gewerkschaften, von uns zusammengeführt werden, erscheint ihm von untergeordneter Bedeutung.

Reumann erklärt, daß die Delegierten der Fabrikarbeiter der Berliner Gewerkschaftskommission die selbständige Betriebsrätezentrale, wie sie nach der Einigung zwischen Gewerkschaftskommission und provisorischer Betriebsrätezentrale getarnt, zwar abgelehnt hätten, daß aber, nachdem der Beschluß gefaßt ist, nach ihm verfahren werden muß, solange andere Beschlüsse nicht vorliegen. In letzter Zeit sind neue Unstimmigkeiten bei der Finanzierung der Zentrale aus dem vorgelegten Etat entstanden. Nach seiner Meinung hat die Gewerkschaftskommission die Pflicht, den Etat genau zu prüfen ehe die Verabschiedung erfolgt, da sonst das Statut zur Farce wird. Die Betriebsräte sollen heute ihre Stellung zur Haltung der Verwaltung und Delegierten zum Ausdruck bringen, damit sich Verwaltung und Mitgliedschaft nicht in Widerspruch setzen.

Zahl hätte erwartet, daß der Betriebsräte-Kongress wenigstens etwas bringe, dagegen ist seine Arbeit gleich Null. Er kann den Standpunkt der Verwaltung nicht billigen, den er unter dem Widerspruch der Verammlung als Kampf gegen die Betriebsräte bezeichnet.

Haile schließt sich im wesentlichen den Ausführungen von Zahl an. Er hat eine scharfe Stellungnahme gegen die Arbeitsgemeinschaften vom Kongress erwartet.

Hünig glaubt, gleich Zahl, daß die Aussprache über den Etat bis nach der Generalversammlung der Betriebsräte hätte unterbleiben können. Solange wir an die Stelle der Arbeitsgemeinschaft nichts anderes setzen können, müssen wir uns beteiligen; sei es auch nur um zum fernem.

Kaufhof vertritt sich Erfolg für die Beförderung der Lage des Staates und der Arbeiter nur durch weitgehende Sozialisierung. Diese sei nur durchzuführen durch Geschlossenheit der Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften. Alle bisherigen Aktionen

hätten nur dann Erfolg, wenn die Gewerkschaften auch zum Kampf aufstiejen. Daraus ergibt sich die Stellung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften.

Ugen hebt ein erfolgreiches Arbeiten der Betriebsräte nur im engsten Anblich an die Gewerkschaften. Er wendet sich entschieden gegen die Auffassung, daß der Kongress keine positive Arbeit geleistet hat. Die Körperschaft ist neu, aber sie hat Ziele und Wege gezeigt zur Sozialisierung und damit zur Befreiung der Arbeiter.

Adam wirft dem Referenten Schluß unfähige Stellungnahme vor. Er wünscht unbedingt die Selbstständigkeit der Betriebsräteorganisation im Rahmen der Berliner Abmachungen.

Im Schlußwort wendet sich Schulz gegen die Beanstandungen in dem Etat der Betriebsrätezentrale, wie auch gegen Ausführungen von Zahl und Adam. Reumann wendet sich entschieden gegen Zahl und hält gerade in der Zeit der politischen Zerrissenheit der Arbeiterschaft die einigende Kraft der Gewerkschaften und Betriebsräte für das wichtigste Erfordernis. Dazu ist aber notwendig Meinungsfreiheit und Kritik in kameradschaftlichem Sinne. Nur dann kann die Arbeiterschaft die großen Aufgaben, die ihr bevorstehen, lösen.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und der Bekanntgabe eines Schreibens arbeitsloser Kolleginnen an die Funktionäre des Verbandes zur Freimachung von Arbeitsstellen für sie, schloß Müller unter Würdigung der Tagung die Versammlung, die als Kuxler sachlicher Verhandlungen dienen darf.

Ablehnung von Gehaltszulagen im Textil-Großhandel

Die Arbeitgeber des Textilgroßhandels haben nicht nur jede Aufbesserung der Gehälter der Angestellten rundweg abgelehnt, sondern sie wünschen es als Entgegenkommen besonderer Art betrachtet zu wissen, daß sie sich entschlossen haben, vorläufig von einem direkten Abbau der Gehälter abzusehen. Das geschieht in der Textilbranche, von deren Reizangehörigen, sowohl in Industrie wie Handel, sogar bürgerliche Zeitungen berichten.

Die Arbeitnehmer werden sich unter keinen Umständen mit dieser Antwort abfinden lassen, sondern die entsprechende Erwiderung bereit halten.

Verhandlungen sämtlicher Angestellten des Textilgroßhandels am Montag, den 18. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.

Lohnkämpfe in den Groß-Berliner Bach- und Schlichteisen-Gesellschaften. Die Bachangestellten in den Groß-Berliner Bach- und Schlichteisen-Gesellschaften hatten den Unternehmern Ende August neue Forderungen unterbreitet. Verhandlungen mit den Unternehmern kamen jedoch nicht zustande, da die Unternehmer sich weigerten, auf Grund der gestellten Forderungen zu verhandeln. Erst nachdem die Verbandleitung wiederholt hierzu aufforderte, gelang es die Unternehmer an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Zugeständnisse, welche die Unternehmer machten (35 M. pro Monat) waren so gering, daß von einem Entgegenkommen nicht die Rede sein konnte. Das Angebot der Unternehmer wurde von den Bachangestellten abgelehnt, und als letztes friedliches Mittel der Schlichtungsausschuss angerufen.

In einer Vollversammlung der Bachangestellten, welche am Dienstag vormittag im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, und welche äußerst hart beschützt war, gab Leube vom Transportarbeiterverband einen ausführlichen Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss, sowie von den Verhandlungen, welche mit den Unternehmern zwecks Anerkennung des Schiedspruches geführt worden sind. Den Schiedspruch, welcher den Wächtern und Wächterinnen einen Lohn für Oktober von 675 M., für November 725 M., für Dezember 750 M., Oberwächtern und Wächterinnen 25 M., Kontrolleuren 75 M. Zulage zugesprochen hatte, haben die Unternehmer abgelehnt, da der Schiedspruch sich mit der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaften nicht vertrage. Der Schiedspruch solle nach Meinung der Unternehmer lediglich die Unterlage für die weiteren Verhandlungen bilden. Da die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer nicht von dem Schiedspruch abging, erklärte die Unternehmerorganisation sich für aufgelöst, und stellte es jedes Gesellschaft frei, den Schiedspruch anzuerkennen.

Erste bemerkte, wenn auch die Unternehmerorganisation in die Luft geflohen sei, angeht weil der Schiedspruch unannehmbar für die Unternehmer sei, werde sich die Organisation nicht auflösen lassen, in wenigen Tagen werde es gelingen, bei ähnlichen Gesellschaften die Anerkennung des Schiedspruches durch die Macht und Geschlossenheit der gesamten Kollegenschaft zur Geltung zu bringen. Einige Gesellschaften haben bereits zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages, auf der Grundlage des Schiedspruches, sich bereit erklärt, den neuen Vertrag anzuerkennen.

In der hierauf einsetzenden Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen. Allen Unternehmern soll ein kurzfristiges Ultimatum gestellt werden, im Ablehnungsfalle soll sofort mit aller Schärfe der Kampf aufgenommen werden.

Leube. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ist von den Unternehmern angenommen, die Verhandlungen wegen dem Arbeitsnachweis sind eingeleitet. Die Arbeitsaufnahme kann am Montag erfolgen.

Groß-Berlin

An die Elternbeiräte!

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Bundes evangelischer Schulreformer erhebt Einspruch dagegen,

1. daß Herr Stadtschulrat Hüther in einem Rundschreiben der städtischen Schuldeputation an die Berliner Elternbeiräte diesen in durchaus bürokratischer und subjektiver Auslegung der ministeriellen Sanktionen für Elternbeiräte Vorhaltungen und Vorschriften macht, die geeignet sind, alles selbständige und ursprüngliche Wirken der Elternbeiräte abzustumpfen und sie zu einer bloßen Dekoration des Schulmechanismus, zu einem willigen Werkzeug in der Hand des Schulleiters zu machen. Die geringen Rechte der Elternbeiräte machen sie ungeeignet, die ihnen „aufgelegten Pflichten“ von „hoher Bedeutung“ zu erfüllen. Die Schuldeputation überfordert mit diesen erlassenen gehaltenen Vorschriften und Anordnungen durch ihre Befugnisse.

2. daß der Herr Minister das Bestreben der Elternbeiräte, an dem inneren Schulleben teilzunehmen und dazu sich durch Einblick in Unterricht und Ordnung die nötigen Kenntnisse zu verschaffen, grundsätzlich verurteilt und ablehnt. „Beratungssoziale Beziehungen“ können nicht entstehen, wenn alle Betätigung der Elternbeiräte schlechte Abtät und Mangel an Urteilsfähigkeit unterstellt wird;

3. daß der Herr Minister durch seine Bestimmungen über die Abwendung der Elternbeiräte die Schulleiterhaltungspflichtigen geradezu heranzusetzt, den Elternbeiräten keine besonderen Mittel zu bewilligen, wenn sonst zahlreiche Gemeinden bereit waren, selbstverständlich diesen Elternbeiräte nicht mit bestialen Schreibschieben an öffentliche Anstalten arbeiten, müssen überhaupt Sparmaßnahmen ökonomisch lassen. Aber sie von der Mittelbewilligung durch die Schulleiter abhängig machen, heißt ihre Tätigkeit zu völliger Unselbstständigkeit abhären.

Gegenüber diesem Übergriff der Deputation und diesem schamlosen ministeriellen Rückzug, der Inkonsequenz der großen Zahl ministerieller Erlasse zur Elternbeirätefrage fordert der Bund evangelischer Schulreformer die Elternbeiräte auf, durch Sammlung von Mitteln in den eigenen Reihen und durch einen großzügigen und seltenen Zusammenschluß der einzelnen Elternbeiräte zur Deis., Provinz., Staatsverbänden dafür Sorge zu tragen, daß nicht dieser beschriebene Verlust, aus der Schule als „Anhalt“ für das Volk die Erziehungs- und Lebenshilfe zum Volk durch das Volk zu machen, völlig ergebnislos erbleibe, in Gleichgültigkeit und Herbitzung auslaufe. Das Recht der Elternbeiräte zu öffentlichen Kundgebungen kann nicht befristet werden. Sollte die Schulreformer, vom Minister zum Schul-

leiter herab, fortzuführen, den Elternbeiräten unmöglich immer mehr durch einengende Vorschriften das Leben abzuschnüren, so heißt den Elternbeiräten nur übrig, ihren Zielen als eine freie öffentliche Organisation anzustreben.

Der Bund evangelischer Schulreformer würde sie dabei unterstützen.

Proletarische Feiertage

Die Veranstaltung am Sonntag, den 17. Oktober, muß ausfallen. Die für diesen Tag gelösten Karten gelten zum Sonntag, den 24. Oktober, vormittags, im Großen Schauspielhaus. Eintrittskarten für den 24. sind zu haben in unserem Bureau, Breite Straße 89. Buchhandlung Freiwilb — Freiwilbstr. 10, 11, 12, 13, Johannisstr. 9 — Höhe, Kreuzstr., Ed. Dieboldsohner Str. — Lorenz, Charlottenburg, Ballstr. 68 — Paradiesbureau, Neuföhr, Redarstr. 3.

Arbeitsstätte Schönhauser Vorstadt. Dürkstr. 10, 11, 12, 13, 15. Gemeindeschule, Rappanienallee 81. Heute abend 7 1/2 Uhr, Beginn des Vortragstages über: Schul- und Erziehungsfragen.

In Notwehr erschossen?

Wir erhalten die Meldung, daß ein Beamter einen Arbeiter mit seiner Dienstwaffe erschossen hat. Nach der uns vorliegenden Darstellung des Vorfalls sollen Arbeiter beim Entladen von Kartuschen auf dem Ostbahnhof den Warnungen eines Überwachungsbeamten, höflichst die Vorschriften nicht zu übertreten, nicht Folge geleistet haben, den Beamten verhöhnt und gegen ihn tödlich geworden sein. Der Beamte habe dann in Notwehr von seiner Waffe Gebrauch gemacht, dabei den Arbeiter Hermann Regol tödlich getroffen.

Hoffentlich wird durch eine ordnungsmäßige Untersuchung der Vorfall aufgeklärt und festgestellt, ob tatsächlich kein anderer Ausweg für den Beamten blieb, als einen Arbeiter niederzuschließen. Uns ist die Aufrechterhaltung der Autorität gegenüber einem Beamten nicht so wichtig, daß darum Menschenleben geopfert werden dürften. Dem Beamten wäre es doch sicher möglich gewesen, durch Heranziehung von anderen Beamten die Meißelwörter feilschen. Nur daß bis heute kein Fall bekannt gemacht ist, daß Beamte wegen leichtfertigen Gebrauchs ihrer Waffe bestraft sind, hat zu dem Zustand geführt, daß diese so leichtfertig ihre Waffe in so brutaler Weise anwenden.

Vererbung eines Hundes. Ein Geldbeutel mit 119 000 Mark geraubt. Ein überaus dreier Geldbühler wurde am Mittwoch abend auf offener Straße verhaftet. Aus einem verpackten Hundes, der um 7 1/2 Uhr vom Postamt 92 in der Föhringer Straße 87 nach dem Postamt 18 in der Lichtenberger Straße 29 gefahren wurde, raubte ein unbekannter Täter einen leeren Geldbeutel mit 119 000 M. bares Geld. Der dreier Hund wurde bereits 25 Meter vor dem Postamt 18 entdeckt, erbeutet. Der Bogen wurde von einem Postbeamten gezogen. In dessen Begleitung befanden sich ein Oberpostinspektor und ein Postinspektor. Trotzdem hat niemand von dem Raub etwas gemerkt. Auf die Ergreifung des Räubers und die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine namhafte Belohnung ausgesetzt. Eine 600 Scheine waren zerrissen und zum Umtausch für die Reichsbank bestimmt.

Volkshochschule Groß-Berlin. Am Montag, den 18. Oktober, beginnen nachstehende Vorträge: Prin. Doz. Dr. Schmidt: Das Verbrechen und seine Bekämpfung, Aufgabebücherei der Universität, Hofstraal 3, abends 7 1/2 Uhr. — Prof. Fischer: Von der deutschen Kunst, Georgenstr. 34/36, abends 6 1/2 Uhr. — Landgr. Rat Ruben: Rechtsstellung des Beamten, Landwehrstr. 10, Hochschule, Hofstraal 1, Invalidenstr. 42, abends 7 Uhr. — Dr. Müller: Tolstoi und die Gestaltung des russischen Menschen, ebenda, Hofstraal 2, abends 7 Uhr. — Dr. Blase: Kleist-Wörter, Gymnasium, Gleimstr. 49, abends 7 Uhr. — Sub. Rat Junge: Pflicht 2: Philosophisches aus dem Reiche der Idee, Oberrealschule, Postenstr. 44/46, abends 7 Uhr. — Dr. Gensler: Elektrizitätslehre, Realgymnasium, Treptow, Reue Krugallee 6, abends 7 Uhr. — Dr. Löbner: Einführung in die Mathematik, Reformrealgymnasium, Boddenstr. 34/36, Neuföhr, abends 7 Uhr. — Dr. Heinke: Mathematik 1. Teil, Victoria-Palaisstraße, Altonaerstr. 41/42, abends 7 Uhr. — Prin. Doz. Dr. Strauß: Die Revolution von 1848, ebenda, abends 7 Uhr. — Dr. Hermann: Das deutsche Volkslied, Humboldtstraße, Graf-Ribbentrop-Korlo, Tegel, abends 7 Uhr. — Karten an den bekannten Verkaufsstellen und an den Abendkassen.

Volkshochschule Groß-Berlin, Arbeitsstätte Neuföhr. Zu den von dem Volkshochschulamt Neuföhr eingerichteten Fremdsprachkursen (Englisch, Französisch, Russisch und evtl. Spanisch) werden Anmeldungen im Bureau des Volkshochschulamtes, Zimmer 218, des Rathhauses, in der Zeit von 9-1 Uhr vormittags und von 3-7 Uhr abends, bis einschließlich 18. Oktober d. Js. entgegengenommen. In den von der Volkshochschule Groß-Berlin hier eingerichteten Kursen erfolgen die Eintragungen auch nach dem 18. Oktober, jedoch nur in der Zeit von 9-1 Uhr vormittags.

5 Theatervorstellungen für 20 Mark. Die 3. Reihe dieser Abonnementvorstellungen beginnt am Montag, den 18. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Neuen Volkstheater, Köpenicker Straße 88, mit einer Aufführung des „Biberpelz“ von Gerhart Hauptmann.

Proletarisches Theater. Infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten, die der Föhrer der revolutionären Arbeiter vom dem Saalbesitzer gemacht werden, muß die Vorstellung am 16. Oktober am Engelauer ausfallen. Die Karten sind für die Vorstellung am 20. Oktober in der Hoppoldt-Bräuerei gültig.

Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze-Sören. In unserem alten Unterrichtslokal, Waldstr. 24, Ed. Engel-Ufer, bei Lehmann, eröffnet der aus unseren Reihen ausgesprochene Herr Baltsee unter dem Namen „Freie stenographische Vereinigung“ einen Anfangskursus. Es erweitert den Ansehn, als ob der Herr durch Eröffnung seiner Kurse in unseren Unterrichtslokalen den guten Ruf unseres Vereins in der Berliner Arbeiterschaft befestigen will, um die Arbeiter für seine Kurse zu gewinnen. Wir bitten unsere Mitglieder, alle Interessenten darauf hinzuweisen und bekannt zu machen, daß eine gründliche Ausbildung und Fortbildung in der Stenographie nur durch unsere Bildungsorganisation seit 1908 gewährleistet wird. Unsere neuen Anfangskurse beginnen erst Anfang Januar. Alles Nähere durch den Vorstehenden Alexander Urban, Schönberg, Eisenacher Straße 64.

Verlegung des Jugendpflegesamtes. Infolge Umzuges werden die Geschäftsräume des städtischen Jugendpflegesamtes vom Mittwoch, den 20., bis einschließlich Sonnabend, den 23. d. M., geschlossen. Die Geschäftsstelle des Jugendpflegesamtes befindet sich vom 20. d. M. ab Neue Friedenstr. 79 b bis 80, 2 Tr. (mit der Front nach der Klosterstraße, Zimmer 30 bis 64, 94, 116 bis 117.) Die dem Jugendpflegesamt bisher angegliederten Abteilungen (Auslandshilfe und Quaderpeilung) verbleiben vorläufig in den Räumen Jüdenstr. 51-52. Während der Umzugszeit sind in dringenden Fällen nur schriftliche Anfragen an das Jugendpflegesamt zu richten.

Kommunales Volkshochschulamt Neuföhr. Das erste Konzert des Bläser-Orchesters für Reinhold-Wilb findet am Montag, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in den Eisenbahnen statt. — Die Vorträge: „Schul- und Erziehungsfragen“ von Fritz Winkelmann beginnt am Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Chemiefaal des hiesigen Realgymnasiums. Die Vorträge gliedern sich wie folgt: a) Die jetzige Schul-, Unterrichts- und Unterrichtsverhältnisse — Disziplin. b) Die Zukunft der Schul-, Arbeitsschule — Weltliche Schule. c) Schule und Elternhaus.

Sibt es wirklich Kalkül? Zu der unter obiger Spitzmarke in Nr. 434 veröffentlichten Notiz teilt uns das Reichswirtschaftsministerium mit, daß eine regelmäßige Heizung in den von ihm innehabenden Büroräumen nicht kostspieliger sei, sondern nur eine Probeheizung, die nach Reparatur an der Heizung notwendig gewesen sei.

Da derartige Probeheizungen an anderen Stellen ebenfalls vorgenommen wurden, werden wir bei einem neuen Heizungsvertrag überall Probeheizungen erzielen.

